

Hassreden (Hate Speech) im Internet

Zum Streit um das Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG)

Heiner Adamski

Die Entwicklungen auf dem Gebiet der digitalen Technologien und die Nutzung moderner Kommunikationsmöglichkeiten haben in vielen Lebensbereichen zu Veränderungen geführt. In der privaten Kommunikation dominieren SMS, WhatsApp und Mailverkehr. Wir sehen es überall: auf den Straßen, in öffentlichen Verkehrsmitteln, in Schulen und Hochschulen, im Arbeits- und Wirtschaftsleben und in Parlamenten und auch in Flüchtlingsströmen. Zudem gibt es diese Entwicklung: Immer mehr Menschen informieren sich im Internet und bilden dort ihre Meinungen. Dabei haben die so genannten Sozialen Medien/Netzwerke eine besondere Bedeutung. Vom Grundschüler mit einigen Schreibkenntnissen bis zu Staatspräsidenten kann hier jeder seine Weltbilder und Meinungen zu allem und jedem kommunizieren oder mitteilen: posten. Er oder sie twittert oder schreibt bei Facebook oder auf anderen Plattformen. Dies wird mehr und mehr getan – und dabei werden auch *Hassreden* in strafrechtlich relevanten Dimensionen verbreitet. Es gibt Aufrufe zu Anschlägen und Mord, es gibt Bedrohungen und Beleidigungen und Volksverhetzung oder die Auschwitz-Lüge und unendlich viel politischen Unfug. Wenn man Hassbeiträge näher anschaut, erkennt man, dass es bei manchen Menschen pädagogisch-psychologisch erklärable Entwicklungsstörungen gibt und dass sie große Defizite auf dem Gebiet der politischen Bildung haben. Bei manchen Hassbeiträgen ist auch zu ahnen, wie groß beispielsweise die Unfähigkeit zu einer Unterscheidung zwischen Patriot und Nationalist ist (der Patriot liebt sein Vaterland und versteht, dass andere ihr Vaterland lieben; der Nationalist stellt die Interessen seines Volkes über die Interessen anderer und neigt zum Hass). So ist



Heiner Adamski

Sozialwissenschaftler mit den Arbeitsschwerpunkten Bildung und Recht, Staatsformen und Rechtsbewusstsein in Deutschland